

auf dem heißen Stein. Doch zugleich zeigt es, dass in der Türkei nicht alles so Schwarz-Weiß ist, wie man in Europa gerne glauben mag.

Ebenso sollte Erdogans zuweilen sehr feurige Rhetorik nicht immer für bare Münze genommen werden. Bestes Beispiel dafür war seine Forderung nach dem Putschversuch, die Todesstrafe wiedereinzuführen. Während man in Europa – zu Recht – entsetzt aufschrie, war erfahrenen Türkeiexperten schnell klar, dass Erdoğan dies kaum in die Tat umsetzen werde, sondern nur auf populistische Weise die Wut des Volkes bediente. Und tatsächlich ist die Todesstrafe kein Thema mehr in der Türkei. Europa sollte in heiklen Situationen wie diesen lieber auf Deeskalation und Dialog setzen, anstatt jeden von Erdogans Sätzen für einen Skandal zu nutzen, mit dem man leicht von innereuropäischen Problemen ablenken kann.

Das alles soll nicht bedeuten, über Menschenrechtsverletzungen und autoritäre Herrschaft zu schweigen – ganz im Gegenteil. Die EU und Deutschland sollten weiterhin klare Worte finden, aber mit Empathie und Verständnis für die verschiedensten Akteure in der Türkei. Noch immer ist Europa für die meisten Türken ein verheißungsvoller Kontinent, und auch die AKP-Regierung will politisch und wirtschaftlich die Bande zum Westen eigentlich nicht abreißen lassen.

In diesem Rahmen hat die EU eine wichtige Botschaft, so der Politologe Murat Somer: »Sie sollte deutlich machen, dass eine Türkei, die sich rechtlich, sozial und wirtschaftlich an die europäischen Standards annähert, nur zum Wohle des türkischen Volkes und auch Europas ist. Die EU-Mitgliedschaft ist danach zweitrangig.«



Kristina Karasu

arbeitet als freie Journalistin und Filmemacherin in Istanbul und Essen. Sie ist Türkei-Korrespondentin der Presseschau eurotopics. Zu ihren Auftraggebern gehören außerdem Deutsche Welle TV, ZDF, ARTE, WDR5 und der *Vorwärts*.

Andreas Vasilache

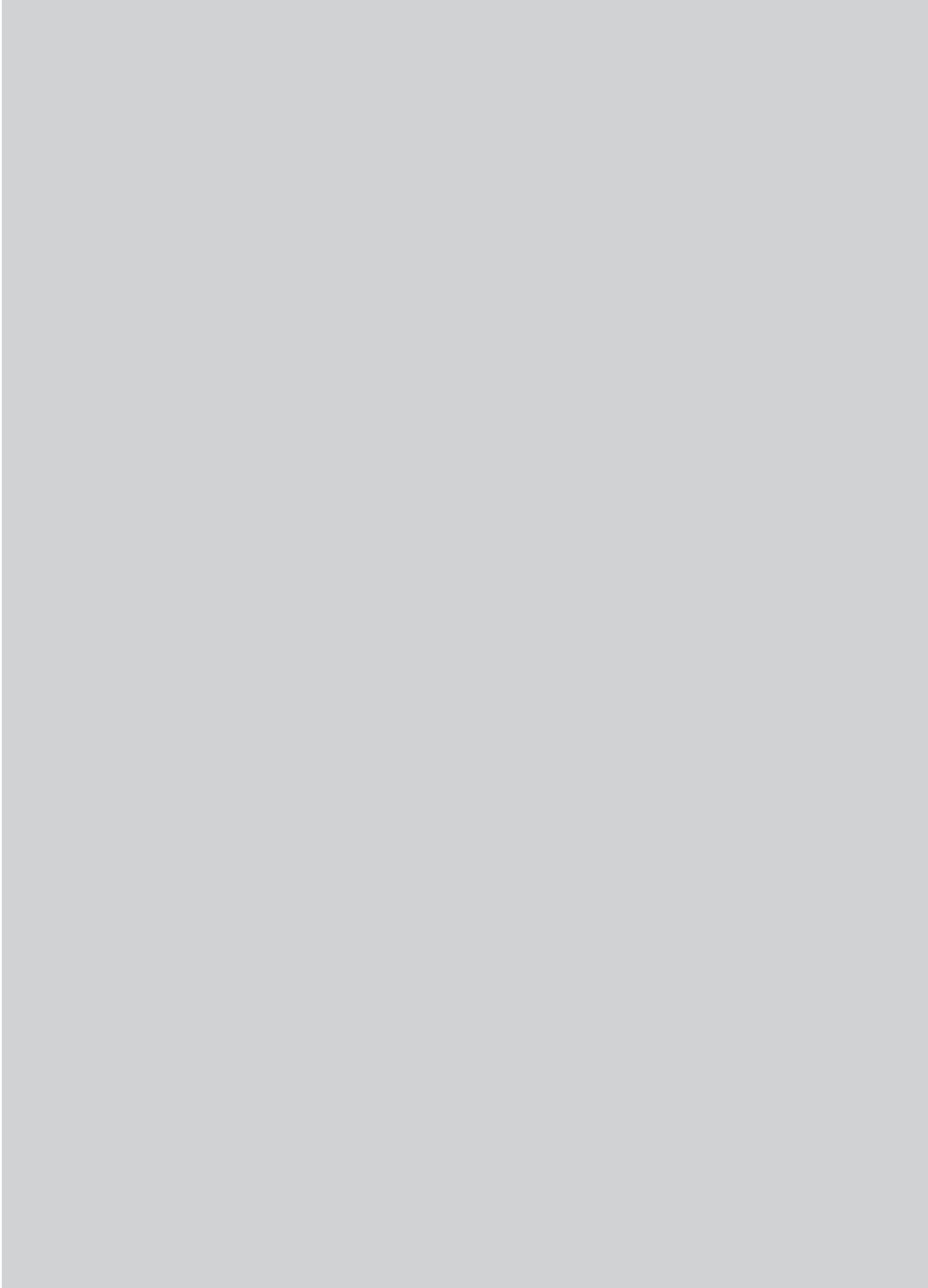
Autoritarismus und Sicherheit in Zentralasien

In autokratischen politischen Systemen stellt der Wechsel an der Machtspitze eine Bruchstelle dar. Sie bedeutet eine Situation der Ungewissheit und potenziellen Instabilität und kann bisweilen mit einer Desintegration des politischen Systems oder gar der staatlichen Einheit einhergehen. Aufgrund des regelmäßigen Fehlens verlässlicher Prozeduren des Machttransfers führt selbst das natürliche Ableben des Autokraten zu einer prekären Ausnahme- und Übergangssituation, in der Macht- und Richtungskämpfe sowohl um Schlüsselpositionen als auch um die künftige politische Ausrichtung entbrennen. Das politische System ist gleichsam in der Schwebe, wobei die Situation für Außenstehende – d.h. für alle Beobachter außerhalb der relevanten Machtgruppen – in jenem Sinne ergebnisoffen ist, als die Unübersichtlichkeit und Kontingenz der Situation sowie das Fehlen gesicherten Wissens in der Regel keine verlässlichen Prognosen über den Ausgang erlauben.

Mit dem Tod des usbekischen Präsidenten Islom Karimow, der die ehemalige Sowjetrepublik seit ihrer Unabhängigkeit 1991 durchgehend und dabei äußerst repressiv geführt hat, befindet sich Usbekistan in einer solchen Phase der angespannten Offenheit und des Übergangs. Angesichts des Alters seines kasachischen Amtskollegen Nursultan Nasarbajew, der sein Land ebenfalls seit der Unabhängigkeit autokratisch – wenngleich weniger repressiv – führt, ist auch im Falle Kasachstans in absehbarer Zukunft mit einem Transfer in der Staats- und Machtspitze zu rechnen. Und schließlich muss zumindest mittelfristig mit einem Ende der Präsidentschaft Emomalii Rahmons gerechnet werden, der in Tadschikistan seit 1992 mit einem hohen Maß politischer Repression amtiert. Zugleich kommt unter den fünf aus der Sowjetunion hervorgegangenen zentralasiatischen Staaten Kasachstan und Usbekistan ein besonderes regionales Gewicht zu. Dies liegt zum einen an ihrer geografischen und geopolitischen Lage und Ausdehnung sowie am Reichtum beider Länder an fossilen Energieressourcen. Zum anderen liegt dies im Falle Kasachstans an der sozioökonomischen Entwicklung, die die übrigen zentralasiatischen Staaten weit hinter sich gelassen hat, während Usbekistans regionales Gewicht auch dadurch bedingt ist, dass seine Bevölkerung über 45 % der Bevölkerungszahl aller fünf Staaten ausmacht. Dass mit Usbekistan und Kasachstan die beiden zentralasiatischen Hauptakteure und darüber hinaus auch Tadschikistan momentan bzw. in absehbarer Zukunft einen Wechsel an der Staatsspitze durchlaufen werden, kann sowohl für die Staaten selbst als auch für die Beziehungen innerhalb der Region sowie zu Deutschland und Europa gewichtige Konsequenzen zeitigen. Während sich dabei gewiss der aussichtslose und gefährliche Versuch einer westlichen Einflussnahme auf den Ausgang des Machtübergangs verbietet, sollte die Situation von der deutschen und der europäischen Politik zum Anlass genommen werden, sich der zentralasiatischen Region deutlich stärker zuzuwenden als bisher.

Insbesondere ist schon unter sicherheitspolitischen Gesichtspunkten eine aktive Zentralasienpolitik notwendig: Es handelt sich um eine Region, in der vielfältige und dabei eng miteinander verflochtene Gefahren für die internationale Sicherheit latent sind. Dabei gilt es, sich zunächst einmal in Erinnerung zu rufen, dass Zentralasien neben den postsowjetischen Staaten auch Teile Russlands, Xinjiang in China und mit Kaschmir auch Teile Pakistans und Indiens sowie schließlich Afghanistan umfasst. Das postsowjetische Zentralasien liegt damit inmitten einer atomar bewaffneten Nachbarschaft, wobei auch der Iran und die Türkei den zentralasiatischen Raum als Interessenssphäre begreifen – während zugleich noch immer bestehende Grenzstreitigkeiten, Konflikte um nationale Wassernutzungsrechte, ökologische Probleme, ungeklärte Minderheitenfragen und große ökonomische Ungleichheiten zwischen den Staaten ein hohes Konfliktpotenzial bieten. In dieser Gesamtsituation muss europäischen Akteuren sicherlich jede militärisch konnotierte Politik versagt sein. Zugleich liegt es aber im Interesse Europas und Deutschlands, politisch in der Region präsent zu sein sowie aktiv und sichtbar zu Initiativen und Strukturen friedlichen Interessenausgleichs und Konfliktmanagements beizutragen und als vermittelnde Akteure ihr gesamtes politisches und ökonomisches Gewicht einzubringen.

Ein weiteres grenzüberschreitendes Sicherheitsproblem ist der transnationale Terrorismus. So bilden Staatsangehörige zentralasiatischer Staaten, und dabei insbe-



sondere Usbeken, zahlenmäßig eine der größten ausländischen Dschihadistengruppen in Syrien und dem Irak sowie in Afghanistan und Pakistan. Sie tragen nicht nur zur Gewalt in diesen Konflikten – und somit auch zu Fluchtbewegungen aus diesen Staaten – bei, sondern zielen durch Aktivitäten in ihren Ursprungsländern sowohl auf die Destabilisierung der Regierungen als auch auf die Desintegration der zentralasiatischen Staaten ab. Während aus deutscher und europäischer Perspektive die repressiven Regierungen in der Region sicher nicht schutzwürdig sind, ist die Wahrung der staatlichen Integrität ein sehr hohes Gut. Situationen zerfallender Staatlichkeit würden – zumal in unmittelbarer Nähe zu Afghanistan – Sicherheitsprobleme weit über die Region hinaus verursachen und verschärfen. Eng mit dem transnationalen Terrorismus verknüpft ist das Problem des Drogenhandels, zumindest solange die Betäubungsmittelpolitik in Europa unter dem Primat des Verbots und der Verfolgung steht. Die Bekämpfung des Rauschmittelschmuggels – und in der Folge eben auch der Finanzierung terroristischer Gruppierungen – kann ohne enge Kooperation mit den zentralasiatischen Staaten nicht funktionieren. Diese haben ihrerseits sowohl aufgrund der Terrorismusbekämpfung als auch aufgrund heimischen Konsums ein großes Interesse an der Bekämpfung des Transits.

Sowohl aus sicherheitspolitischer Perspektive als auch aufgrund des Selbstverständnisses einer eben auch normativ ausgerichteten Außenpolitik liegt sicherlich eine Adressierung der in Teilen desaströsen Menschenrechtssituation, der politischen Unterdrückung, der ökologischen Ausbeutung und der Korruption in Zentralasien im Interesse Deutschlands und Europas. Politische, ethnische, religiöse Repression und Gewalt gepaart mit verbreiteter Korruption und einer auf den alleinigen Vorteil der Eliten ausgerichteten Ökonomie tragen zur Stärkung terroristischer Oppositionen sowie zur Verschärfung ökonomischer, ökologischer und ethnischer Konfliktursachen bei, die in Zentralasien schnell grenzüberschreitend eskalieren können. Zugleich hat unter den zentralasiatischen Staaten bislang alleine Kirgisistan den Weg einer politischen und gesellschaftlichen Demokratisierung eingeschlagen. Kasachstan weist ein im regionalen Vergleich deutlich höheres Maß an gesellschaftspolitischer und internationaler Offenheit auf und ist vor allem an einer breiteren Wohlstandsbeteiligung der Bevölkerung interessiert – Demokratisierungstendenzen gegenüber allerdings unempfindlich. Dagegen waren die – in weiten Teilen kleptokratischen – Regierungen Tadschikistans, Turkmenistans und Usbekistans bislang noch nicht einmal an einem niedrigschwelligen Konzept von *Good Governance* interessiert, das sich alleine auf die verwaltungstechnische Verbesserung der Regierungsführung im Sinne effektiver Problemlösung oder auf ein Mindestmaß an Responsivität konzentriert.

Nun sind echte innenpolitische und gesellschaftliche Transformationsprozesse aber kaum von außen induzierbar – wobei sich direkte westliche Politiken des *Regime Change* in Zentralasien ohnehin verbieten. Zudem sind die autokratischen Regierungen in der Region zwar einerseits mitursächlich für die regionalen Sicherheitsprobleme bzw. ihre Verschärfung, aber aufgrund der Notwendigkeit funktionierender Staatsstrukturen andererseits auch Bestandteil möglicher Lösungen. In Anbetracht der regionalen Gesamtlage wird man auch mit unerfreulichen Regierungen bi- und

multilateral zusammenarbeiten und sie möglichst eng in internationale Formate des regionalen Interessenausgleichs und der Streitbeilegung einbinden müssen. Damit ist das Eingeständnis verbunden, dass internationale und Außenpolitik – anders als man insbesondere im deutschen öffentlichen Diskurs bisweilen den Eindruck hat – eben nicht alleine und ausschließlich Menschenrechtspolitik, sondern immer auch pragmatische Interessenspolitik sowie eine Kunst des Möglichen ist.

Anreizstrukturen schaffen

Die Einsicht in die Notwendigkeit der Kooperation auch mit den autokratischen zentralasiatischen Regierungen begründet dabei allerdings keineswegs eine lediglich als Pragmatismus verschleierte Indifferenz gegenüber systematischer Repression und widerspricht einer auch normativ fundierten Politik nicht. Hierzu gehören Instrumente wie z.B. die Initiierung von Rechtsstaatsdialogen, Initiativen zur Stärkung (liberaler) zivilgesellschaftlicher Akteure und insbesondere die Adressierung von künftigen regionalen Eliten durch akademische Ausbildungs- und Austauschprogramme. Hierzu gehören ebenfalls die kontinuierliche Arbeit im Rahmen internationaler Institutionen sowie auch die verdeckte Finanzierung der liberalen Opposition (dies ist ein offenes Geheimnis, autokratische Regierungen rechnen mit nichts anderem). Über diese tradierten Instrumente hinaus aber sollte die deutsche und europäische Politik ernsthafte, attraktive Anreizstrukturen für eigenständige Verbesserungen der Menschenrechtssituation schaffen, die sehr differenziert jene Staaten in der Region begünstigen und relativ besserstellen, die sich diesbezüglichen Fortschritten verschreiben. Durch eine Politik der positiven Druckpunkte können Grund- und Rechtsstaatsprobleme national differenziert adressiert sowie die Beziehungen zu den zentralasiatischen Staaten politisch hierarchisiert werden, ohne sich zugleich die konfrontativen Risiken vornehmlich negativ-sanktionierender Ansätze einzuhandeln. Dabei geht es nicht um eine Politik der punktuellen Konditionalität mit Belohnungshäppchen in bestimmten Politikfeldern, sondern sehr viel breiter um eine Politik der konsequenten bevorzugten Behandlung, vielfältigen Unterstützung und Annäherung an jene Staaten, die ihre Rechtsstaatssituation verbessern. Dabei sollten auch Strategien des Auspielens regionaler Konkurrenzen seitens Deutschlands und Europas bewusst grund- und menschenrechtspolitisch genutzt werden. Die Konstellation der wechselseitigen und zugleich asymmetrischen europäisch-zentralasiatischen Wirtschaftsinteressen wäre einer solchen Politik des strict preferential treatment durch starke Anreizstrukturen dabei strukturell förderlich. Nicht nur im Sinne eigener Glaubwürdigkeit müssten Deutschland und Europa aber auch bereit sein, sich dem eigenen Selbstbild einer normativen Außenpolitik tatsächlich anzunähern – und hierfür auch einen Preis zu zahlen. So würde beispielsweise die grundsätzliche Einstellung des Waffenhandels mit autokratischen Staaten ebenso wie ein Einfuhrverbot von Produkten aus Kinder- und/oder Zwangsarbeit die Verbindlichkeit europäischer Grundsätze gegenüber zentralasiatischen Staaten verdeutlichen, ohne dabei der selten erfolgreichen konfrontativen Logik punktueller Strafen und Sanktionen zu folgen. Gleiches würde für die Bereitschaft der breiten Asylgewährung für Personengruppen aus Zentralasien gelten, die staatlicher Verfolgung und Repression ausgesetzt sind.

Der Spagat zwischen notwendiger pragmatischer Kooperation mit autokratischen Staaten einerseits und den (begrenzten) Möglichkeiten der normativen Einflussnahme andererseits ist angesichts der Gesamtsituation in Zentralasien besonders schwierig. Auch scheinen die Chancen auf demokratische Systemwechsel auch mittelfristig nicht hoch zu sein. Gleichwohl sollte die Situation des Machttransfers in Zentralasien nicht ungenutzt bleiben, da die Region für Europa schon sicherheitspolitisch zu wichtig ist, um weiter vernachlässigt zu werden.



Andreas Vasilache

ist Professor für Sozialwissenschaftliche Europaforschung an der Universität Bielefeld und deutscher Direktor des deutsch-russischen Centre for German and European Studies (CGES/ZDES).

andreas.vasilache@uni-bielefeld.de

Katharina Gnath / Claudia Schmucker

Der Fall Russland

Der Umgang von G7 und G20 mit autokratischen Staaten

Die G7 und die G20 sind informelle Gruppen, die den beteiligten Staaten den Austausch auf höchster politischer Ebene ermöglichen. Dabei legt die jeweils jährlich wechselnde Präsidenschaft – in Absprache mit den anderen Mitgliedstaaten – die Agenden der Gipfel fest. Die Abschlussdokumente sind nicht bindende Absichtserklärungen. Als informelle Klubs gibt es auch keine vorgegebene Mitgliederstruktur. Die einzelnen Staaten wurden selektiv ausgewählt.

Die G7 sieht sich in erster Linie als Klub, der auf gemeinsamen demokratischen und marktwirtschaftlichen Werten basiert. Die Bedeutung der G20 gründet sich hingegen vor allem auf die Systemrelevanz ihrer Mitglieder. Dies führt dazu, dass beide Foren unterschiedlich mit autokratischen Mitgliedstaaten in ihren Reihen umgehen. Russlands Annexion der Krim 2014 war ein Testfall: Während die G7 (damals G8) den harten Weg einschlug und Russland ausschloss, hält die G20 trotz interner Diskussionen an einer russischen Mitgliedschaft fest.

Die G7 (von 1998 bis 2014 als G8) besteht aus führenden Industriestaaten: Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada und den USA. Sie wurde in den 70er Jahren als Antwort auf internationale Wirtschaftskrisen gegründet. Durch die informellen Absprachen untereinander sollte die Funktionsfähigkeit der Weltwirtschaft gestärkt werden. Die Agenda wurde mit der Zeit erweitert: Die G7 befasst sich neben internationalen Wirtschaftsfragen zunehmend auch mit Sicherheitspolitik, Menschenrechten sowie der Klima- und Entwicklungspolitik. Nach der Erweiterung des ursprünglichen Kreises um Japan, Italien und Kanada in den ersten Jahren ihres Bestehens hat die G7 in den 90er Jahren nur noch ein weiteres Land aufgenommen: Russland. Das exklusive und informelle Format hat sich somit über die Jahre gehalten.